

Deutsche in internationalen Organisationen

Nachstehende Anfrage und Antwort in obiger Angelegenheit waren Teil einer Fragestunde des Bundestages (vgl. Protokoll der 156. Sitzung vom 20. 1. 1965 S. 7720).

Kahn-Ackermann (SPD): Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um den fühlbaren Mangel an deutschen Vertretern in einer Reihe internationaler Organisationen abzuschießen?

Dr. Carstens, Staatssekretär des Auswärtigen Amts: Die Bundesregierung ist bemüht, den deutschen Personalanteil in den internationalen Organisationen zu erhöhen. Um neue Kräfte für den internationalen Dienst noch besser erfassen und ausbilden zu können, werden interministerielle Sprachkurse veranstaltet und die Praktikantentätigkeit von Deutschen bei internationalen Organisationen gefördert. Ferner ist geplant, eine Ausbildungsstätte für den internationalen Dienst zu errichten. Die deutschen Auslandsvertretungen beobachten fortlaufend alle Stellenausschreibungen und unterstützen deutsche Kandidaten. Wenn neue Organisationen gegründet werden oder eine zusätzliche Beteiligung bei solchen Gremien erforderlich wird, deren personeller Aufbau im Zeitpunkt unseres Beitritts bereits abgeschlossen war, bemüht sich die Bundesregierung stets darum, eine angemessene deutsche Vertretung sicherzustellen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist bei 123 internationalen Organisationen als Mitglied oder durch Beiträge aus dem Bundeshaushalt beteiligt. Durch die Bemühungen der Bundesregierung ist bei dem Gros dieser Gremien ein angemessener deutscher Personalanteil erreicht worden. In den drei europäischen Gemeinschaften und einer Reihe von Sonderorganisationen der Vereinten Nationen ist der deutsche Personalanteil größer, als es den finanziellen Leistungen entsprechen würde.

Nur bei einer verhältnismäßig geringen Zahl von internationalen Organisationen ist die Lage noch unbefriedigend. Es sind dies:

1. Die vier älteren europäischen Gemeinschaften: Europarat, NATO, WEU und OECD, deren Mitglied Deutschland erst nach Abschluß des personellen Aufbaus wurde. Der deutsche Personalanteil zeigt aber auch hier steigende Tendenzen.

2. Einige Sonderorganisationen und Hilfswerke der Vereinten Nationen. Es mangelt hier nicht an dem Willen der internationalen Gremien, uns stärker zu beteiligen, sondern daran, daß am internationalen Dienst interessierte, fachlich und sprachlich qualifizierte deutsche Kräfte bisher im gegebenen Zeitpunkt nicht immer in ausreichendem Maße zur Verfügung standen oder rechtzeitig erfaßt werden konnten.

UN-Diplomaten hören Berliner Philharmoniker

Zu dem abschließenden Konzert des fünf Konzerte umfassenden Beethoven-Zyklus, den die Berliner Philharmoniker unter Herbert von Karajan Ende Januar in der Carnegie Hall darboten, hatte der deutsche Beobachter bei den Vereinten Nationen, Botschafter Frhr. von Braun, sämtliche UN-Botschafter sowie zahlreiche höhere Beamte aus dem Sekretariat der Vereinten Nationen eingeladen. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, sein Kabinettschef Narasimhan, mehrere Untersekretäre sowie zahlreiche Botschafter folgten der Einladung zum Konzert und anschließend dem Empfang. Das Programm, Beethovens 1. und 9. Symphonie, war für die Gäste aus der UNO deshalb von besonderer Bedeutung, weil schon zu Zeiten von Generalsekretär Hammarskjöld der Choralatz der 9. Symphonie als eine Art inoffizieller Hymne der Vereinten Nationen galt und alljährlich am Tag der Vereinten Nationen im Festkonzert der UNO gespielt wurde.

Deutschland stellt Vizepräsidenten im Ständigen Ausschuss der Studiengruppe für Blei und Zink

Auf der 16. Tagung des Ständigen Ausschusses der Internationalen Studiengruppe für Blei und Zink, die im Februar am Hauptsitz der Vereinten Nationen stattfand, wurde der deutsche Delegierte, Legationsrat Dr. Guido Brunner von der deutschen Beobachtermission, zum Vizepräsidenten gewählt. Verschiedene wichtige Verbraucherdelegationen, darunter die deutschen, schlugen weitere Spezialstudien vor, bevor die Internationale Studiengruppe sich im November in Tokio

trifft. Auch in der Arbeitsgruppe des Ad-hoc-Komitees für Wolfram, die im Januar in New York tagte, war die Bundesrepublik durch Legationsrat Dr. Guido Brunner vertreten.

Legationsrat I. Klasse Dr. Heimsoeth nach Djakarta versetzt

Der politische Referent der deutschen Beobachtermission bei den Vereinten Nationen in New York, Dr. Harald Heimsoeth, wurde im Februar, bei gleichzeitiger Beförderung zum Botschaftsrat, an die deutsche Botschaft in Indonesien versetzt und hat seine Tätigkeit in Djakarta inzwischen aufgenommen. Dr. Heimsoeth hatte die Beobachtertätigkeit insbesondere in der Vollversammlung und in den politischen Ausschüssen seit Anfang 1960 wahrgenommen. Seine Aufgaben bei der Beobachtermission werden nunmehr von Legationsrat Dr. Jürgen Gehl wahrgenommen, der bisher bei der deutschen Botschaft in Addis Abeba tätig war.

Wiederwahl der Bundesrepublik in Programmausschuß von UNICEF

Auf der Februarsitzung des Exekutivrats des Weltkinderhilfswerks wurde die Bundesrepublik erneut in den Programmausschuß von UNICEF gewählt.

Deutsche Beobachter auf afrikanischer Wirtschaftskonferenz

Wie bisher nahm auch an der 7. Jahrestagung der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika (Economic Commission for Africa, ECA), die vom 9. bis 23. Februar 1965 in Nairobi (Kenia) stattfand und mit einer Ansprache des Staatspräsidenten Kenyatta eröffnet wurde, eine Beobachterdelegation der Bundesrepublik teil. Sie stand unter der Leitung von Ministerialrat Dr. Karl Erdmann vom Bundesministerium für Wirtschaft; ihr gehörten ferner an Ministerialrat Dr. Werner Lamby vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Wirtschaftsreferenten der deutschen Botschaften in Addis Abeba und Nairobi.

CDU-Fraktionsvorsitzender besucht Generalsekretär U Thant

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Dr. Rainer Barzel, besuchte Anfang März im Rahmen seiner Informationsreise nach Washington und New York den Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, und den Präsidenten der XIX. Vollversammlung, Alex Quaison-Sackey (Ghana). Der deutsche Beobachter bei den Vereinten Nationen, Botschafter von Braun, gab zu Ehren von Herrn Barzel ein Essen, an dem der Präsident der Vollversammlung, der französische UN-Botschafter und verschiedene andere Missionschefs und Diplomaten teilnahmen.

Der Staatspräsident der Republik Nigeria beim LV Berlin

Dem nigerianischen Staatspräsidenten Diori Hamani und seiner Begleitung, die von Bonn kommend für zwei Tage Berlin besuchten, gab der Landesverband Berlin der DGVN am 13. März im Hilton-Hotel ein Essen. Das Mitglied des Präsidiums, Prof. Dr. Tiburtius, begrüßte die hohen Gäste. Die ausländischen Besucher dankten für die herzlichen Worte mit lebhaftem Beifall. Der Staatspräsident drückte seine Anteilnahme für die besondere und schwierige Lage Berlins aus und bemerkte, daß Nigeria bereits mehrmals in der Vollversammlung der Vereinten Nationen auf sie hingewiesen habe. — Bei einem anschließenden Aufenthalt in München nahm Staatsminister Dr. Alois Hundhammer seinerseits Gelegenheit, auf das Eintreten Nigerias für die Bundesrepublik vor der 17. Vollversammlung der UNO zu verweisen. Präsident Hamani sagte dazu u. a.: „Ich bin überzeugt, daß wir weiterhin im Rahmen der UNO für die deutsche Einheit und für das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung eintreten müssen.“

Weltbankpräsident Woods in Bonn

Mr. Woods, der Präsident der Weltbank, hielt sich Mitte März 1965 in Bonn auf. Hier hatte er mit Bundesminister Walter

Scheel Besprechungen über aktuelle entwicklungspolitische und finanzielle Fragen. Insbesondere wurden die Möglichkeit der Zusammenarbeit bei entwicklungspolitisch bedeutsamen Projekten sowie Fragen im Zusammenhang mit der deutschen Beteiligung an der Weltbank erörtert. Der Gedankenaustausch soll bei nächster Gelegenheit fortgesetzt werden. Die Weltbank ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, in der die Bundesrepublik Vollmitglied ist.

Deutsche Teilnahme an der 21. Jahrestagung der ECAFE

Die 21. Jahrestagung der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Asien und den Fernen Osten (Economic Commission for Asia and the Far East, ECAFE) fand vom 16. bis 29. März 1965 in Wellington (Neuseeland) statt. Hauptthemen waren die wirtschaftliche Lage der asiatischen Länder, die Welthandelskonferenz, die asiatische Entwicklungsbank, das Mekong-Projekt und der Asien Highway. Vertreten waren 28 Mitgliedsländer sowie zahlreiche Beobachter und internationale Organisationen. Deutschland hatte zu dieser Tagung gleichfalls eine Beobachterdelegation entsandt; sie wurde von dem Vortr. Leg.Rat I. Kl. Dr. Günther Erdmann vom Auswärtigen Amt geleitet.

Deutsche Teilnahme an Internationaler Zinn-Konferenz

Unter den Auspizien der Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen tagt seit dem 22. März am Hauptsitz der UNO in New York die Internationale Zinn-Konferenz der Vereinten Nationen. Deutschland, das dem 2. Internationalen Zinn-Abkommen nicht beigetreten war, ist auf der Konferenz durch Regierungsdirektor Anton Vaeth als Leiter der Delegation vertreten. Außerdem gehören der deutschen Delegation Oberregierungsrat Dr. Heck, Bundesfinanzministerium, sowie Legationsrat Dr. Guido Brunner und Attaché Jürgen Kleiner an. In einer grundsätzlichen Erklärung führte der deutsche Delegationsleiter aus, Deutschland hoffe, dem 3. Zinnabkommen beitreten zu können. Es habe sich bemüht, das bisherige Abkommen von außen her durch seine Politik zu unterstützen.

Wiederwahl der Bundesrepublik in die Rauschgift-Kommission

Auf der 38. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats wurde am 24. März bei der Wahl von sieben Mitgliedern für die Rauschgift-Kommission die Bundesrepublik Deutschland mit Wirkung ab 1. Januar 1966 für weitere drei Jahre wiedergewählt. Die Bundesrepublik erhielt 13 von 18 Stimmen, was die Vermutung nahelegt, daß in der geheimen Wahl außer den drei Ostblockstaaten auch die zwei arabischen Mitgliedstaaten des Wirtschafts- und Sozialrats ihre Stimme nicht für Deutschland abgegeben haben.

Deutsche Teilnahme an gemeinsamer Sitzung UNICEF/FAO

An einer Sitzung des gemeinsamen Planungsausschusses des Weltkinderhilfswerks und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN (FAO) in New York vom 31. März bis 3. April hat von deutscher Seite Professor Wolf-Dietrich Germer, Berlin, der ständige deutsche Vertreter im Exekutivrat und im Programmausschuß des Weltkinderhilfswerks, teilgenommen. Die Sitzung befaßte sich unter anderem mit der Ausarbeitung gemeinsamer Richtlinien der beiden UN-Organisationen für die bestmögliche Entwicklung der Ernährungsmittelproduktion und -versorgung in Entwicklungsländern.

Deutsche Teilnahme an 1. Ratssitzung der Welthandelskonferenz

An der 1. Ratssitzung der Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen, die vom 5. bis 23. April in New York stattfindet, wird die Bundesrepublik Deutschland durch eine Delegation vertreten sein, die alle am Welthandel beteiligten deutschen Ministerien umfaßt. Delegationsleiter wird Botschafter Dr. Walter Weber sein. Ferner wird das Auswärtige Amt durch Legationsrat I. Klasse Helmut Matthias und Legationsrat Dr. Guido Brunner von der Beobachtermission vertreten sein. Außerdem gehören der Delegation an: Ministerialrat Heinz F. Schulz, Ministerialrat Erich Elson, Regierungsrat Dr. Rolf Möhler vom Bundeswirtschaftsministerium, Ministerialrat Erich Ehm vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Regierungsdirektor Dieter Mitzka vom Bundesfinanzministerium, Oberregierungsrat Hermann Stieper vom Bundesverkehrsministerium und Ministerialrat Josef Hornung vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. — Der Handels- und Entwicklungsrat besteht aus Vertretern von 55 Staaten einschließlich der Bundesrepublik Deutschland. Seine Gründung geht auf Vorschläge der Welthandelskonferenz zurück, die im Frühjahr vergangenen Jahres in Genf stattfand. Die nächste Welthandelskonferenz soll 1966 tagen. Der Rat hat inzwischen die Aufgaben der Konferenz wahrzunehmen. Auf seiner ersten Sitzung wird er sich unter anderem mit den auf der Konferenz verabschiedeten Empfehlungen zu befassen haben und die Mandate für seine Hauptausschüsse, Ausschuß für Grundstofffragen, Ausschuß für Halb- und Fertigwaren sowie Ausschuß für Finanzfragen und unsichtbare Transaktionen, festlegen. Ferner wird er die Vorarbeiten für die nächste Welthandelskonferenz beginnen. (Vgl. Möhler: Die Welthandelskonferenz, S. 61 ff. und die Welthandelskonferenz begründende Entschließung der Generalversammlung vom 30. Dezember 1964 S. 68 ff. dieser Ausgabe.)

Entschließungen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats

zu Welthandelskonferenz, Deutschlandfrage und Zypern

Welthandelskonferenz

GENERALVERSAMMLUNG — Gegenstand: Gründung der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung als Organ der Generalversammlung. — Entschließung 1995 (XIX) vom 30. Dezember 1964

Die Generalversammlung,

- in der Überzeugung, daß anhaltende Bemühungen notwendig sind, um den Lebensstandard in allen Ländern zu heben und das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer zu beschleunigen,
- in Anbetracht der Tatsache, daß der internationale Handel ein wichtiges Mittel für die wirtschaftliche Entwicklung ist,
- in der Erkenntnis, daß die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung eine außergewöhnliche Gelegenheit geboten hat, die Probleme des Handels im allgemeinen sowie des Handels im Hin-

blick auf die wirtschaftliche Entwicklung, und insbesondere die Probleme, welche die Entwicklungsländer betreffen, eingehend zu erörtern,

- in der Überzeugung, daß geeignete und wirksame organisatorische Regelungen notwendig sind, wenn der volle Beitrag des internationalen Handels zur Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums der Entwicklungsländer durch die Formulierung und Durchführung der entsprechenden Richtlinien erfolgreich verwirklicht werden soll,
- unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Tätigkeit bestehender internationaler Institutionen von der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung geprüft wurde, welche sowohl ihre Verdienste wie ihre Grenzen in der Behandlung der Handelsprobleme und den mit ihnen zusammenhängenden Entwicklungsproblemen erkannte,
- in dem Glauben, daß alle Staaten, die an

der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung teilgenommen haben, von den Institutionen und Vereinbarungen, deren Partner sie sind oder vielleicht sein werden, den besten Gebrauch machen sollten,

- in der Überzeugung, daß gleichzeitig die bestehenden und die vorgeschlagenen institutionellen Vereinbarungen aufgrund der durch ihre Tätigkeit gewonnenen Erfahrungen weiter überprüft werden sollten,
- im Hinblick auf den bei den Entwicklungsländern weitverbreiteten Wunsch, eine umfassende Handelsorganisation zu schaffen,
- in der Erkenntnis, daß weitere institutionelle Vereinbarungen notwendig sind, um die von dieser Konferenz begonnene Arbeit fortzusetzen und ihre Empfehlungen und Schlußfolgerungen durchzuführen,

Teil I

setzt die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung als ein Organ